



Presseschau vom 18.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **OAS, EU und USA besorgt über Prozesse gegen ehemalige Putsch-Regierung in Bolivien**

Mitglieder der Putsch-Regierung werden von der bolivianischen Justiz wegen Korruption, Terrorismus und der Massaker von Sacaba und Senkata angeklagt. Die EU und die USA äußern ihre Besorgnis darüber. Die OAS spricht sogar von "repressiven Instrumenten" und fordert die Freilassung. ...

<https://kurz.rt.com/2ge0>

Natalia Pawlowa: **Emotionen als Eskalationsfaktoren: Hat die deutsch-russische Annäherung Chancen?**

Die europäisch-russischen Beziehungen sind in der schwersten Phase nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Deutsch-Russische Forum hat Experten zur Diskussion „Wer Frieden wünscht, bereite Krieg vor?“ im Rahmen der Moskauer Gespräche eingeladen. Wird sich die Negativspirale weiterdrehen? ...

<https://snanews.de/20210318/deutsch-russische-annaeherung-chancen-1339779.html>

Liudmila Kotlyarova: **„Dem Mann wenigstens der Atomkoffer abgenommen?“ - Stimmen in Deutschland zu Bidens Putin-Eskapade**

Die Drohungen des US-Präsidenten Joe Biden an den russischen Amtskollegen Wladimir Putin, darunter die Mörder-Bezeichnung, lässt die deutsche Öffentlichkeit besorgt zurück.

Während die einen von dem „wahnsinnigen“ Biden Angst bekämen, wollen die anderen wissen, wie Biden nun mit einem „Mörder“ Vereinbarungen und Abkommen unterzeichnen wolle. ...

<https://snanews.de/20210318/bidens-putin-eskapade-1344905.html>

Ilona Pfeffer: Gabriele Krone-Schmalz zum Fall Nawalny und dem Feindbild Russland in deutschen Medien

Nach wie vor wird in den deutschen Medien das „Feindbild Russland“ aufgebaut und viele Medien leisten ihren Beitrag dazu, sagt die ehemalige Russland-Korrespondentin der ARD Gabriele Krone-Schmalz. Auch in der Berichterstattung über den Fall Nawalny vermisst sie eine neutrale, ausgewogene Einschätzung. ...

<https://snanews.de/20210318/krone-schmalz-russland-1347686.html>

de.rt.com: Wasserblockade durch Ukraine: Krim will sich an die UNO wenden

Im Sommer kann es auf der Krim wieder zur schweren Wasserverknappung kommen. Seit Jahren muss auf der Halbinsel für Haushalte die Wasserversorgung rationiert werden. Grund dafür ist die jahrelange Wasserblockade durch die Ukraine. Krimbewohner wollen die UNO darauf aufmerksam machen. ...

<https://kurz.rt.com/2gf7>

abends/nachts:

snanews.de: Moskau ruft seinen Botschafter in den USA zu Konsultationen zurück

Der Botschafter Russlands in den USA, Anatoli Antonow, ist zu Konsultationen nach Moskau zurückgerufen worden. Das teilte das russische Außenministerium am Mittwoch mit. Den Angaben zufolge sollen dabei weitere Schritte Russlands in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten analysiert werden.

„Die neue US-Administration ist seit fast zwei Monaten an der Macht. Sehr bald dürfte die symbolische Frist von 100 Tagen erreicht werden – ein guter Anlass zu klären, was Präsident Joe Bidens Team geleistet und was es verfehlt hat“, hieß es in der Mitteilung.

„Wir sind daran interessiert, eine unumkehrbare Degradierung der Beziehungen zu den USA zu verhindern.“ Die Amerikaner sollten sich darüber klar werden, dass sie die russisch-amerikanischen Beziehungen im Grunde genommen in eine Sackgasse geführt hätten, und alle damit verbundenen Risiken erkennen. Das werde das Thema der Konsultationen von Vertretern des Außenministeriums und einiger anderer Ämter mit Botschafter Antonow sein, betonte das russische Außenamt.

Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden auf die Frage eines Journalisten, ob er seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin für einen Mörder halte, mit „ja“ geantwortet. Er drohte zudem, Putin für die angebliche Einmischung Russlands in die US-Wahl 2020 einen „Preis“ zahlen zu lassen.



https://cdn.snaneuws.de/img/07e5/03/11/1336933_0:0:3073:1730_1440x0_80_0_0_a2816d3ec582d0846da352e2eda98f1b.jpg

de.rt.com: **Ostukraine: Lage an Kontaktlinie spitzt sich weiter zu – Moskau warnt Kiew vor "Militärabenteuer"**

Die Ukraine soll nach einem Vorwand für ein "Militärabenteuer" im Osten des Landes suchen, wie der Vertreter Russlands in der Kontaktgruppe für die Beilegung des Konflikts in der Ostukraine, Boris Gryslow, am 17. März mitteilte.

"Die ukrainischen Streitkräfte ziehen immer mehr neue Kräfte an die Kontaktlinie und verletzen dadurch alle älteren Verpflichtungen zum Truppenabzug. Der Beschuss des Donbasses durch Kiew erfolgt täglich", sagte Gryslow nach der jüngsten Sitzung der Kontaktgruppe.

"Offensichtlich ist auch der Austritt der Ukraine aus den Maßnahmen zur Stärkung des Waffenstillstandes. Kiew beschießt Wohngebiete, zivile Infrastruktur. Bei den Beschießungen beruht das zynische Kalkül auf dem Wunsch, das Gegenfeuer auf ukrainische Streitkräfte auszulösen und dadurch einen Vorwand für ein Militärabenteuer zu schaffen."

Gryslow betonte, dass das Militär der selbst proklamierten Republiken Donezk und Lugansk darauf mit Zurückhaltung reagiert und auf Beschuss "nur selten" antwortet. "Da die ukrainischen Provokationen keine Ergebnisse bringen, heizt Kiew die Lage weiter an."

"Die einzige Alternative für Kiew ist der politische Dialog mit dem Donbass, die Erfüllung der Verpflichtungen der Ukraine, die in Minsk beschlossen wurden. Jegliches Militärabenteuer endet sehr schlecht für die Ukraine."

Von einer Eskalation an der Kontaktlinie sprach auch der Vertreter der selbst proklamierten Donezker Volksrepublik, Alexei Nikonorow. Ihm zufolge beobachte man die Zuspitzung der Lage. Die ukrainischen Streitkräfte sollen bei den Beschießungen Granatenwerfer verschiedener Kaliber einsetzen, so Nikonorow.

Die ukrainischen Streitkräfte sollen sich in höchster Alarmbereitschaft befinden, wie das ukrainische Nachrichtenportal Strana.ua mit Verweis auf seine Quelle an der vordersten Linie berichtet. "Der Waffenstillstand ist in der Tat zu Ende, und das seit langem, seit Ende Januar", zitiert das Nachrichtenportal einen Offizier. Ihm zufolge finden die Beschießungen durch die Streitkräfte der Volksrepubliken täglich statt. "Von unserer Seite folgen die gleichen Handlungen", sagte der Offizier. Alle Einheiten sollen sich ihm zufolge in höchster Alarmbereitschaft befinden, was nur vor "globalen Bewegungen, bei Angriffsgefahr oder bei Vorbereitung einer Offensive" vorkomme.

Strana.ua zitierte zudem eine Quelle aus dem Generalstab der Streitkräfte. Demnach soll man dort mehrere Pläne zur Zurückeroberung der östlichen Regionen der Ukraine entwickelt haben, die derzeit nicht unter Kiews Kontrolle stehen. Die Quelle betonte, dass das

ukrainische Militär die Erfahrungen aus dem jüngsten Krieg in Bergkarabach berücksichtigt habe, insbesondere bei dem Einsatz von Drohnen, über die die ukrainische Armee bereits verfüge. "Das heißt, dass für die Ukraine im Moment alle Bedingungen vorhanden sind, um einen wesentlichen Teil der außer Kontrolle stehenden Gebiete zurückzugewinnen. Man braucht nur einen Angriffsbefehl des Oberbefehlshabers."

Der Konflikt im Donbass dauert seit sieben Jahren an, rund 13.000 Menschen fielen ihm zum Opfer. Eine Beilegung der Auseinandersetzungen wird bei dem Treffen der Minsker Kontaktgruppe diskutiert. Zwar haben die Konfliktparteien mehrere Dokumente zur Lösung des Konflikts verabschiedet, die Beschüsse gehen jedoch weiter.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605268cfb480cc401e573d42.jpg>

vormittags:

de.rt.com: **Taiwan verstärkt Militärpräsenz im Südchinesischen Meer und warnt vor chinesischem Angriff**

Das Südchinesische Meer ist der Schauplatz für mehrere Konfliktlinien zwischen Staaten mit einem Interesse in der Region. Dazu zählen sowohl Anrainerstaaten wie China, aber auch extraregionale Akteure wie die Vereinigten Staaten.

Taiwan hat seine militärische Präsenz im zwischen verschiedenen Anrainerstaaten umstrittenen Südchinesischen Meer verstärkt. Der neu ernannte taiwanische Verteidigungsminister Chiu Kuo-cheng gab bekannt, dass die USA den Export von U-Boot-Technologie an die taiwanische Marine genehmigt hätten. Auf die Frage, ob China die Insel angreifen könnte, antwortete der hochrangige taiwanische Politiker:

"Sie sind in der Lage, einen Krieg zu beginnen. Mein Ziel ist es, dass wir zu jeder Zeit bereit sind."

Er sprach vor dem Parlament des international nicht anerkannten Inselstaates, der sich offiziell Republik China nennt und von der Volksrepublik China als integraler Bestandteil des Landes betrachtet wird. Der Minister enthüllte, dass Taiwan seine Militärpräsenz auf einer der Hauptinseln des von Taipei kontrollierten Teils der Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer erhöht hat. Die Militärpräsenz sei aufgrund von Chinas angeblichem "Expansionismus" in der Region verstärkt worden, sagte er. Taiwan erwäge aber immer noch keine permanente Garnison auf der Insel.

Er gab zudem bekannt, dass die USA den Export von wichtigen U-Boot-Teilen und Ausrüstung genehmigt hätten, um die sich die Inselnation bemüht hatte. Taiwan, das stark von US-Waffenexporten abhängig ist, kündigte im vergangenen Jahr Pläne zum Bau einer eigenen U-Boot-Flotte an.

Das Südchinesische Meer ist schon seit Jahren eine ständige Quelle von Spannungen in der Region, da es Gegenstand sich überschneidender territorialer und maritimer Ansprüche mehrerer Anrainerstaaten ist, darunter China, Vietnam, die Philippinen, Taiwan, Malaysia, Indonesien und Brunei.

Das rohstoffreiche Gebiet, das eine wichtige internationale Wasserstraße mit einem jährlichen Seeverkehr im Wert von mehreren Billionen Dollar ist, war auch das Ziel der von Washington durchgeführten sogenannten "Freiheit-der-Schiffahrts-Missionen".

US-Marineschiffe und Spionageflugzeuge haben wiederholt natürliche und künstliche Inseln, die von China beansprucht werden, überflogen, mit dem Argument, dass solche Aktivitäten zur "Sicherheit" in dem Gebiet beitragen würden. Peking hingegen hat solche Missionen mehrfach scharf kritisiert, da sie nur zur weiteren Instabilität in dem unruhigen Gewässer beitragen würden und zu mehreren Zwischenfällen zwischen den Militärs der beiden Nationen geführt hätten.

Taiwan hat in letzter Zeit aktiv mit den USA im militärischen Bereich zusammengearbeitet. Chiu versicherte den Parlamentariern, dass der jüngste Regierungswechsel in Washington diese Kooperation nicht beeinflusst habe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605231cfb480cc40a968d783.JPG>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. März 2021 wurden **fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

15:30 Nowotoschkowskoje – **Donezkij**: Granatwerfer (5 Schüsse), Schusswaffen;

17:45 Luganskoje – **Kalinowka**: Mörser 82mm (1 Mörsergeschosse);

17:40 Swetlodarsk – **Losowoje**: Granatwerfer (6 Schüsse), Schusswaffen;

19:20 Luganskoje – **Kalinowka**: Mörser 120mm (1 Mörsergeschoss);

20:20 Luganskoje – **Nishneje Losowoje**: Mörser 82mm (1 Mörsergeschoss), Schusswaffen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Wegen Umgang mit Uiguren: EU einigt sich erstmals seit über 30 Jahren auf China-Sanktionen**

Die Europäische Union hat beschlossen, Sanktionen gegen chinesische Beamte wegen Menschenrechtsverletzungen zu verhängen, sagten zwei Diplomaten gegenüber Reuters am Mittwoch.

Das sind die ersten Strafmaßnahmen der EU gegen China seit dem Waffenembargo, das seit 1989 (nach dem Tiananmen-Massaker) in Kraft ist.

Die Sanktionen betreffen vier Personen und eine Organisation und umfassen das Einfrieren von Konten und Reisebeschränkungen. Die EU wirft den Betroffenen vor, Menschenrechte

der Uiguren – der muslimischen Minderheit Chinas – verletzt zu haben. Chinas EU-Botschafter Zhang Ming versprach während einer Online-Veranstaltung in Brüssel „entschiedene aber moderate“ Gegenmaßnahmen als Antwort auf die Entscheidung der EU. „Die Sanktionen sind streitsüchtig. Wir wollen Dialog, keine Konfrontation. Wir bitten die EU darum, es sich zweimal zu überlegen“, hieß es im Twitter-Konto der EU-Mission Chinas. Aktivisten und Uno-Rechtsexperten sagen, dass mindestens eine Million Muslime in Lagern in der westchinesischen Region von Xinjiang inhaftiert sind. Sie werfen China Folter, Zwangsarbeit und Sterilisationen vor. Peking bestreitet die Vorwürfe und sagt, dass die Lager eine Berufsausbildung bieten und zur Bekämpfung von Extremismus nötig sind. In einem UN-Bericht von voriger Woche war hervorgehoben worden, dass die Behandlung der Uiguren in China allen Kriterien des Völkermords gemäß der Genozid-Konvention der Vereinten Nationen entspreche.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/12/1338078_0:0:2667:1500_1440x0_80_0_0_8429092a4831bbb3d59dc4a925c70b07.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. März 3:00 Uhr bis 18. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Schusswaffen – einmal.

Richtung Donezk: Antipanzergrenatwerfer – einmal (1 Granate).

Richtung Mariupol: Antipanzergrenatwerfer – einmal (1 Granate); automatische Granatwerfer – dreimal (28 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Wesjoloje, Sosnowskoje, Kominternowo.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 30.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 21 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Iran setzt Atomdeal reziprok aus: Anreicherung in Natanz jetzt mit neuen Zentrifugen

Die unterirdische Nuklearanlage Natanz in Iran nimmt neue Zentrifugen vom Typ R6 zur Urananreicherung in Betrieb. Der Schritt ist eine Reaktion Teherans auf den Ausstieg der USA

aus dem Atomdeal und die Ermordung von General Qassem Soleimani.

Mit Verweis auf einen Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) schreibt die Nachrichtenagentur Reuters, Iran habe bei der Urananreicherung damit begonnen, Uranhexafluorid-Gas in neue Zentrifugen vom Typ R6 in der unterirdischen Nuklearanlage in Natanz einzuspeisen:

"Am 15. März 2021 verifizierte die Organisation, dass Iran begonnen hat, die Kaskade von 174 IR-4-Zentrifugen, die bereits in der Anreicherungsanlage aufgestellt sind, mit natürlichem UF₆ zu speisen."

Die Inbetriebnahme der Zentrifugen folgt einem neuen Gesetz, welches die iranische Regierung zur Steigerung der Urananreicherung verpflichtet. Der Gesetzentwurf gilt als Reaktion auf den Ausstieg der USA aus dem Atom-Deal mit Iran (offiziell Gemeinsamer Umfassender Aktionsplan), die Einführung neuer wirtschaftlicher Sanktionen und die Ermordung von General Qassem Soleimani. Er wurde am 2. Dezember 2020 von der höchsten Instanz des Landes, dem Rat der Verfassungswächter Irans, verabschiedet. Dem neuen Gesetz zufolge soll die iranische Regierung zudem ihrerseits innerhalb von zwei Monaten die Umsetzung aller Bestimmungen des Atomdeals einstellen. Eine dieser Auflagen betrifft den Betrieb neuerer Zentrifugen, die nicht nur effizienter sind, sondern auch eine deutlich erleichterte Anreicherung von Uran auf höhere Konzentrationsgrade ermöglichen. Teheran deutete bereits Pläne an, eine zweite Kaskade von IR-4-Zentrifugen in der unterirdischen Anreicherungsanlage in Natanz zu installieren. Begonnen habe man mit der Montage dieser Kaskade indes noch nicht, so Reuters mit Verweis auf die IAEA. Iran erhöhte allerdings bereits die Anzahl der IR-2m-Zentrifugen in dieser Anlage, die ihrerseits weitaus effizienter sind als die vom Typ IR-1.

Iran hält weiterhin an einer möglichen Rückkehr zum Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan fest, erwartet aber die Erfüllung der Bestimmungen durch die USA, die dies jedoch ablehnen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6051b80848fbef5f3275363d.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 17. März um 9:00 Uhr 3415 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2838 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 301 Todesfälle.

snanews.de: **Iran nennt Ursache für Absturz ukrainischer Boeing: Ukraine und Kanada üben Kritik an Schlussbericht**

Die iranische Zivilluftfahrtbehörde hat in ihrem Abschlussbericht zu dem tödlichen Absturz

einer ukrainischen Boeing 737-800 mit 176 Menschen an Bord im vergangenen Januar die Ursache der Tragödie genannt. Die Ukraine und Kanada äußerten sich dazu.

„Das Flugzeug wurde als feindliches Ziel wegen eines Fehlers des Flugabwehroperators nahe Teheran identifiziert (...), es wurden zwei Raketen darauf abgefeuert“, wird ein Berichtsausschnitt von Reuters zitiert.

Wie im vorläufigen Bericht vom vergangenen Juni erklärte nun die Zivilluftfahrtbehörde des Iran, dass es eine Fehlausrichtung des Batterieradars und mangelnde Kommunikation zwischen dem Luftabwehroperator und seinem Kommando gegeben habe.

Die iranische Seite behauptet Medienberichten zufolge, dass der 146-seitige Bericht allen internationalen Rechtsanforderungen entspreche, die für solche Dokumente erforderlich sind, und alle Details und chronologischen Informationen über die Katastrophe enthalte.

In dem Bericht wird eine Reihe von Empfehlungen zur Verhinderung ähnlicher Katastrophen in der Zukunft vorgelegt. Die iranische Seite soll den Familien der Opfer erneut ihr Beileid ausgedrückt haben.

„Das, was wir heute in dem publikgemachten Bericht gesehen haben, ist nichts anderes als ein zynischer Versuch, die wahren Ursachen der Katastrophe zu verheimlichen“, reagierte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba in einer Videobotschaft, die im Facebook-Account der Behörde veröffentlicht wurde.

Die Analyse des Dokumentes zeige, dass der Iran die technische Untersuchung „mit zahlreichen Verletzungen“ der internationalen Standards durchgeführt habe. Kuleba sagte: „Die Ermittlung war vorgefasst, die vorgelegten Beweise sind selektiv, die Folgerungen sind betrügerisch.“

Neben der Ukraine kritisierte auch Kanada, dessen Bürger ebenfalls an Bord der verunglückten Maschine gewesen waren, den iranischen Bericht zur Boeing-Katastrophe. In einem gemeinsamen Statement des kanadischen Außenministers Mark Garneau und von Verkehrsminister Omar Alghabra hieß es:

„Wir haben bislang keine Antworten auf die Frage, warum der Iran keine notwendigen Maßnahmen, wie die vollständige Schließung seines Luftraums, unternommen hat, um eine solche Tragödie zu verhindern.“

Der Bericht erscheine inkompetent und enthalte keine unumstößlichen Tatsachen und Beweise.

Die ukrainische Boeing 737-800 mit 176 Menschen an Bord war am 8. Januar irrtümlich von iranischen Streitkräften kurz nach dem Start in Teheran abgeschossen worden. Niemand überlebte. Neben Iranern waren Bürger aus sechs weiteren Staaten an Bord: aus Afghanistan, Großbritannien, Deutschland, Kanada, der Ukraine und Schweden.

Der Iran hatte zunächst den Abschuss bestritten, aber nach drei Tagen eingestanden, die ukrainische Maschine irrtümlich zum Absturz gebracht zu haben. Das iranische Militär, das mitten in einer militärischen Konfrontation mit den USA in voller Alarmbereitschaft gewesen sei, habe das Passagierflugzeug für einen Marschflugkörper gehalten, hieß es aus Teheran. Später wurde berichtet, dass das Flugzeug mit zwei Boden-Luft-Raketen kurzer Reichweite abgeschossen worden war, die von einem Fla-Raketenkomplex vom Typ Tor-M1 abgefeuert worden waren. Dadurch begann die Maschine, schnell an Höhe zu verlieren, und stürzte schließlich ab.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/12/1338459_0:16:960:556_1440x0_80_0_0_3eb86422b0ef848c053b6e243cf8818b.jpg

Mzdnr.ru: Am 17. März wurden in der DVR 775 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 205 positiv. Bei 61 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt. Am 18. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 27.392 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5224 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 20.015 als gesund entlassen, es gibt 2153 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 81 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 6 Fälle weniger als in den letzten 24 Stunden. Davon wurden 65 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 921 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 462 mit Sauerstoffunterstützung (+17 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 350 Express-Tests 79 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten.

snaneews.de: **Nach Astrazeneca-Impfstopp: Ost-Ministerpräsidenten plädieren für „Sputnik V“-Zulassung**

Michael Kretschmer, Reiner Haseloff und Bodo Ramelow haben angesichts der Aussetzung der Impfungen mit dem Astrazeneca-Vakzin den Einsatz des russischen Corona-Impfstoffes „Sputnik V“ gefordert.

Im Gespräch mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe am Donnerstag sagte Sachsens Ministerpräsident Kretschmer, er habe „nicht die geringsten Zweifel“, dass Russlands Wissenschaft imstande sei, einen leistungsfähigen Impfstoff zu entwickeln. Und weil Deutschland bei den Impfstoffen Kapazitätsprobleme habe, rief Kretschmer zur Zulassung des russischen Präparats auf.

Auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff zeigte sich bei der Zuverlässigkeit russischer Impfstoffe sicher: „Schon als Kind bin ich mit einem russischen Impfstoff gegen Kinderlähmung immunisiert worden. Ich habe da keine Probleme.“

Er unterstrich, dass die Herkunft der Arznei keine Rolle spielen sollte, wenn es um die Gesundheit der Menschen gehe.

„Grundsätzlich aber gilt: Im Kampf gegen Corona ist uns jeder Impfstoff willkommen, der sicher ist und wirkt und uns so hilft, die Pandemie zu überwinden“, so Haseloff gegenüber der Funke-Gruppe.

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow sagte den Funke-Zeitungen, er wünsche sich beim Thema Zulassung alternativer Impfstoffe „seit langem viel mehr Druck von der

Bundesregierung”.

Die Abhängigkeit von Astrazeneca mache die Impfstrategie angreifbar. „Es ist deshalb wichtig, dass endlich das Thema ‚Sputnik V‘ mit Nachdruck bearbeitet wird. Ich höre schon seit Wochen, dass Unterlagen fehlen. Wenn das wirklich so sein sollte, dann muss man das mit Russland rasch klären.”

Er selbst wolle seine Kanäle nach Russland nutzen, um dabei zu helfen. „Ich will keine politische Zulassung. Aber ich will auch keine politische Ablehnung”, erklärte Ramelow. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/1b/1066872_0:161:3071:1888_1440x0_80_0_0_85aaf5e240e4caef8a44e26bdac1b6b6.jpg

nachmittags:

rusvesna.su: **Der Kreml reagierte auf Bidens grobe Aussage über Putin**

Am 18. März reagierte der Kreml auf die beleidigenden Worte an Wladimir Putin, die sich US-Präsident Joe Biden erlaubte.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow bezeichnete Bidens groben Angriff, der Putin als "Mörder" bezeichnete, als "eine sehr schlechte Aussage".

„Der US-Präsident will die Beziehungen zu unserem Land definitiv nicht verbessern. Wir werden künftig entsprechend vorgehen“, betonte der Kreml.

Peskow erklärte, dass es Aussagen dieser Art "in der Geschichte bisher nicht gegeben" habe.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_putin_2.jpg

snanews.de: **Nord Stream 2: Bundesregierung diskutiert mit US-Seite Sanktionsdrohungen**

Die Bundesregierung steht mit der US-Regierung im Kontakt wegen deren Sanktionsdrohungen gegen Nord Stream 2. Das bekräftigte sie erneut in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP.

Wegen der amerikanischen Sanktionsdrohungen gegen die europäisch-russische Gas-Pipeline Nord Stream 2 sei die Bundesregierung weiterhin in Gesprächen mit der US-Regierung, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Die Problematik von extraterritorialen US-Sanktionen werde auch auf EU-Ebene thematisiert. Die Bundesregierung bekräftigte in ihrer Antwort an die FDP noch einmal, dass sie Sanktionen gegen Nord Stream 2 ablehnt:

„Zu den von der Bundesregierung abgelehnten US-Sanktionen und Sanktionsandrohungen im Zusammenhang mit Nord Stream 2 hat die Bundesregierung auf unterschiedlichen Ebenen Gespräche mit der US-Administration geführt.“

Zu dem Inhalt dieser „Gespräche“ macht die Bundesregierung keine Angaben, da diese „vertraulich“ seien.

Umwelt-Stiftung – Sache von Meck-Pomm

Die Anfrage der FDP widmete sich hauptsächlich der Umweltschutz-Stiftung von Mecklenburg-Vorpommern, mit der Sanktionen gegen deutsche und europäische Unternehmen, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind, abgefedert werden könnten. Die Bundesregierung hat keine weitergehenden Informationen zur vom Land Mecklenburg-Vorpommern gegründeten „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“, heißt es dazu in der Antwort an die FDP. Es habe keine Abstimmung über die Gründung und Arbeit der Stiftung mit der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Die Fragesteller wollten wissen, ob mithilfe der Stiftung die gegen Nord Stream 2 gerichteten Sanktionen umgangen werden können. Nach Angaben der Bundesregierung liegt die Fertigstellung der Gaspipeline in der Verantwortung der Nord Stream 2 AG.

Gas für Europa

Kurz vor seiner Fertigstellung wurde im Dezember 2019 das Projekt der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 unterbrochen, nachdem an dem Bau beteiligte europäische Unternehmen Sanktionen durch die USA zu befürchten hatten und daraufhin die Arbeiten einstellten. Inzwischen wurden die Bauarbeiten wieder aufgenommen. Anfang Januar 2021 beschlossen die Landesregierung und der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern die Gründung einer landeseigenen, gemeinwohlorientierten Umweltstiftung, die Projekte im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz fördern sowie gewerblich agieren können soll. Medienberichten zufolge ist ein weiterer Zweck dieser Stiftung, durch ihre Gemeinnützigkeit mögliche Sanktionen der USA gegen am Bau beteiligte Unternehmen zu umgehen und dadurch eine Fertigstellung von Nord Stream 2 zu erreichen.

In ihrer Antwort an die FDP bekräftigte die Bundesregierung noch einmal, dass sie Nord Stream 2 für nötig hält, um die Gasversorgung in Europa zu gewährleisten:

„Vor dem Hintergrund der rückläufigen Erdgasförderung in Europa und dem Ausstieg aus der Kohlenutzung kann kurz- und mittelfristig ein erhöhter Erdgasimportbedarf in Europa entstehen, der nach Ansicht der Bundesregierung auch durch eine fertiggestellte Nord Stream 2 Pipeline gedeckt werden kann.“



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/12/1344588_0:160:3274:2002_1440x0_80_0_0_40957461213635007dd22afb0a6e18b9.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 18.03.2021**

In den letzten 24 Stunden vom 17. auf den 18. März hat der Gegner weitere Feuerprovokationen durchgeführt.

Trotz der Sitzung der Kontaktgruppe haben die ukrainischen Kriegsverbrecher in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands **fünf Feuerprovokationen** auf das Territorium unserer Republik begangen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 109. Bataillons der 10. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kotlik von den Positionen in Schumy auf die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Brigade unter Kommando des Verbrechers Kaschtschenko das Gebiet von **Wesjoloje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 1. Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade, die vom Kriegsverbrecher Gnatow geleitet wird, dreimal **Sosnowskoje** und **Kominternowo** mit automatischen und Antipanzergranatwerfern beschossen und 29 Granaten abgefeuert.

Bei der Verteidigung der Republik gegen die ukrainische Aggression **erlitt einer unserer Verteidiger eine tödliche Verletzung**. Wir bringen den Verwandten des getöteten Soldaten gegenüber unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Um die Zivilbevölkerung gegen den Beschuss der ukrainischen Kämpfer zu schützen haben Einheiten der Volksmiliz der DVR mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen das Feuer erwidert und die **Feueraktivität des Gegners unterdrückt**.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 53. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Bogdanowka aus **Petrowskoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen und sechs Granaten abgefeuert, außerdem wurden Schusswaffen eingesetzt.

Kämpfer der 10. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Kotlik mit 82mm-Mörsern die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** beschossen und 20 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU **Leninskoje** mit 82mm-Mörsern und Antipanzergranatwerfern beschossen und acht Mörsergeschosse und drei Granaten abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von

Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 14 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrgeschütz SJ-23 in einem Wohngebiet von Newelskoje.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Schkolnaja-Straße in der Nähe eines Wirtschaftsgebäudes in Nowobachmutowka.

Außerdem ist die Anwesenheit von 12 152mm-Artilleriegeschützen „Akazija“ an der Eisenbahnstation in Satschatowka festzustellen. In diesem Gebiet stellen wir den aktiven **Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung** durch die ukrainische Seite fest, **die die Funktion von Mobilfunkoperatoren blockieren**, was das Leben der Einwohner von Satschatowka erheblich erschwert.

Die ukrainische Seite behindert außerdem weiter die Arbeit der internationalen

Beobachter. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung verbotener Waffen der 72.

Brigade der BFU zu verhindern, aktiv Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung im Gebiet von Awdejewka eingesetzt werden. Die ukrainischen bewaffneten Formationen führen weiter Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** durch, was direkt Leben und Gesundheit von Zivilisten gefährdet sowie die Arbeit der OSZE-Mission behindert, unter anderem wurden allgemeine Straßen vermint. Im Norden von Wodjanoje haben Kämpfer der 36. Brigade 502 Antipanzermine TM-62 installiert.

Außerdem wurde die Installation von neun Antipanzermine TM-62 quer über eine Straße in Marjinka durch Kämpfer der 28. Brigade festgestellt.

Diese Sachverhalte werden auch vom Bericht der OSZE-Mission vom 17.03.2021 bestätigt.

Wir wenden uns ein weiteres Mal an die Vertreter der internationalen Organisationen mit der Bitte auf die militärisch-politische Führung der Ukraine Einfluss zu nehmen, um die schweren Waffen an die Abzugsorte zurückzubringen und den Aufenthalt dieser Technik in der Nähe der Abgrenzungslinie sowie die Verminung der Umgebung von Ortschaften, was das Leben der friedlichen Bevölkerung gefährdet, zu verhindern.

Nach uns vorliegenden Informationen hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol nach der Verletzung der Kämpfer der 36. Brigade Oberfeldwebel Dowbusch und Matrose Welissewitsch am 16. März in der Folge der Detonation einer Sprengvorrichtung, die sie an einer Drohne befestigten, entschieden, **Übungen mit Operatoren von Drohnen** der Truppenteile und Einheiten im Verantwortungsbereich der Gruppierung durchzuführen. Unter Leitung des Chefs der Aufklärung der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ erhalten die Kämpfer Fertigkeiten zur Ladung von Kampfdrohnen mit verschiedenen Arten von Sprengvorrichtungen und die Regeln für deren Abwurf auf die Positionen des Gegners.

Außerdem wurde auf den Positionen des 13. Panzergrenadierbataillons der 58.

Panzergrenadierbrigade **im Gebiet von Wodjanoje** die Arbeit des Bataillonskommandeurs Kiritschuk zur **Kontrolle der Einsatzbereitschaft von Waffen und Militärtechnik** des Bataillons bemerkt. Im Zusammenhang damit erwarten an an diesem Abschnitt eine Verschärfung der Lage.

Uns vorliegende Informationen bestätigen den Unwillen der militärisch-politischen Führung der Ukraine, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen, und sie zeugen von den Absichten, die Nutzung von Drohnen, auch für Schläge auf die Positionen der Volksmiliz und die Umgebung von Ortschaften der Republik durch Abwurf von selbstgebauten

Sprenganlagen, fortzusetzen.

deu.belta.by: **Generalstaatsanwaltschaft will Strafverfahren wegen Völkermord an Belarussen im Zweiten Weltkrieg einleiten**

Die Generalstaatsanwaltschaft plant, ein Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Völkermord an belarussischen Volk während des Großen Vaterländischen Krieges einzuleiten. Das sagte Generalstaatsanwalt Andrej Schwed heute auf einer Pressekonferenz. „Seit einigen Monaten ist die Generalstaatsanwaltschaft dabei, ein Strafverfahren wegen dem Völkermord an der belarussischen Bevölkerung im Großen Vaterländischen Krieg einzuleiten. Heute habe ich dem Staatschef darüber berichtet. Diese Arbeit wird zusammen mit anderen Regierungsstellen, mit der Akademie der Wissenschaften und Archiven durchgeführt. Und wir werden in Kürze dieses Thema in die Diskussion bringen“, sagte der Generalstaatsanwalt. Andrej Schwed berichtete vor Journalisten, dass die Generalstaatsanwaltschaft gemeinsam mit dem Parlament einen Gesetzentwurf vorbereitet hat, der darauf abzielt, der Verherrlichung des Nazismus entgegenzuwirken: „Wir haben diesen Gesetzentwurf beim Treffen mit dem Staatschef im Detail besprochen. Es ist brandaktuell“. Nach Ansicht des Generalstaatsanwalts wird die Verabschiedung des Gesetzes ein ernsthafter Schritt sein, um den bestehenden negativen Erscheinungsformen entgegenzuwirken. „Wir registrieren in den Medien und im Internet immer mehr Beiträge, die darauf abzielen, die Nazi-Verbrecher reinzuwaschen. Diese Verbrecher haben im Zweiten Weltkrieg einen wahren Völkermord an der belarussischen Bevölkerung begangen“, erklärte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1616067698_56481_big.jpg

rusvesna.su: **Putin antwortete Biden wegen des "Mörders"**

Der russische Präsident Wladimir Putin wünschte seinem amerikanischen Amtskollegen Joe Biden Gesundheit, der gestern den russischen Führer als "Mörder" bezeichnete.

„In der Tat, wie er sagte, kennen wir uns persönlich ...

Was sollte ich ihm antworten? Ich würde ihm sagen: ‚Bleiben Sie gesund.‘

Ich wünsche ihm gute Gesundheit. Ich sage das ohne Ironie, ohne Häme“, sagte Wladimir Putin.

„Wir geben immer an eine andere Person weiter, was wir im Wesentlichen selbst sind. ... Wir sehen unsere eigenen Eigenschaften immer in einer anderen Person und denken, dass sie so ist wie wir.

Was das amerikanische Establishment betrifft, die herrschende Klasse ... - ihr Bewusstsein wurde unter bestimmten Bedingungen gebildet: Die Entwicklung des amerikanischen Kontinents durch die Europäer war mit der Ausrottung der lokalen Bevölkerung und dem

direkten Völkermord an indianischen Stämmen verbunden. Dann folgte eine sehr schwierige, grausame Zeit der Sklaverei ...

Die Vereinigten Staaten sind das einzige Land der Welt, das Atomwaffen gegen einen nichtnuklearen Staat, Japan, eingesetzt hat ...

Zwar denken sie, dass wir genauso sind wie sie, aber wir sind andere Menschen, haben einen anderen genetischen und kulturell-moralischen Kodex ...

Aber wir wissen, wie wir unsere Interessen verteidigen können, und wir werden mit ihnen zusammenarbeiten (USA – Red.), aber in den Bereichen, an denen wir selbst interessiert sind, und unter den Bedingungen, die wir für uns selbst als vorteilhaft erachten.

Und damit müssen sie rechnen“, betonte der russische Präsident.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_putin_0.jpg

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponko**

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **fünf Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade von den Positionen im Gebiet von Swetlodarsk aus zweimal **Losowoje** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Von den Positionen in Luganskoje aus haben sie mit 120mm-Mörsern **Kalinowka** sowie mit 82mm-Mörsern **Nishneje Losowoje** beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 14. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Wojtschenko das Gebiet von **Donezkij** mit Unterlaufgranatwerfern und Schusswaffen beschossen und fünf Granaten abgefeuert.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 80. Brigade einen Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wojtowo stationiert.

Im Verantwortungsbereich der 92. Brigade wurde die Stationierung von sechs Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Solotoje bemerkt.

Im Bericht der OSZE vom 17.3.21 wird die Stationierung von 15 122mm-Artilleriegeschützen „Gwodsika“ und eines Abwehrkomplexes „Tunguska“ an der Eisenbahnstation in Rubeshnoje erwähnt.

Im Verantwortungsbereich der 92. Brigade in einem Wohngebiet von Solotoje wurden zwei Schützenpanzerwagen bemerkt.

Außerdem wurden auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der Trennung von Kräften und Mitteln in der Nähe von Solotoje zwei Soldaten der 92.

Brigade bemerkt, am nördlichen Rand des Trennungsabschnitts ein Schützenpanzerwagen. ... Die Einheiten der Volksmiliz beobachten beständig den Gegner, halten streng die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren. ...

snanews.de: **EU-Behörde EMA hält am Einsatz von Astrazeneca-Impfstoff fest**

Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) hat die Sicherheit des Corona-Impfstoffs von Astrazeneca bekräftigt. Allerdings wurde eine extra Warnung hinzugefügt vor möglichen seltenen Fällen von Blutgerinnseln (Thrombosen) in Hirnvenen. Das teilte die EMA am Donnerstag in Amsterdam nach einer Sondersitzung des Sicherheitsausschusses mit. Die EMA sieht aber keine erhöhten Gesundheitsgefahren und empfiehlt die Fortsetzung der Impfungen.

„Der Impfstoff ist sicher und effektiv gegen Covid-19 und die Vorteile sind wesentlich größer als die Risiken“, sagte EMA-Chefin Emer Cooke.

Deutschland und andere EU-Länder hatten die Nutzung des Impfstoffs vorerst gestoppt. Hintergrund waren Meldungen zu den Blutgerinnseln in Hirnvenen in zeitlichem Zusammenhang zu Impfungen. Durch das Aussetzen der Impfungen waren in den Ländern die Impfkampagnen in Verzug geraten.

Die EMA bekräftigte, dass es keine Hinweise darauf gebe, dass die Impfungen die Vorfälle verursacht hätten. Dennoch sei es nicht ausgeschlossen. Daher würden die Prüfungen und Studien auch fortgesetzt.

Experten der EMA hatten alle Daten der Fälle gemeinsam mit dem Hersteller des Impfstoffes, Experten für Bluterkrankungen sowie Gesundheitsbehörden geprüft. Am Mittwoch hatte bereits die Weltgesundheitsorganisation WHO für die weitere Nutzung des Impfstoffes plädiert.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/10/1316872_0:146:3117:1899_1440x0_80_0_0_aa591821319b2368e38ebb7699b04532.jpg

de.rt.com: **Sacharowa: Russland ist empört über Hetze gegen RT in Deutschland**

Russland sei empört über die offene Diskriminierung und Hetze, die in Deutschland gegen das Medienportal RT aufgezogen wird. Dies erklärte Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, am Donnerstag bei einem Briefing in Moskau.

"Wir sind empört über die offene Diskriminierung von RT in Deutschland, über die Hetze, die gegen das Medium aufgezogen wird. Natürlich ist Deutschland nicht das einzige Land, wir beobachten eine ähnliche Herangehensweise gegenüber russischen Journalisten, nicht nur von dieser Mediengesellschaft, in mehreren EU-Ländern", erklärte die Diplomatin.

Sacharowa erinnerte an die jüngste Entscheidung der Commerzbank, die Konten in

Deutschland von RT wie auch der Videoagentur Ruptly ab dem 31. Mai 2021 zu schließen, ohne dafür Gründe anzugeben. Die Bank habe weder Kommentare abgegeben noch Informationen über eventuelle Verstöße gegen deutsche Gesetze seitens der russischen Medien vorgelegt, betonte die Sprecherin des Außenministeriums.

"Das ist ein klares Zeugnis zum einen darüber, dass die russischen Medien und Journalisten diese Gesetze nicht verletzt haben, und zum zweiten, dass dies eine politisch motivierte Angelegenheit ist."

Sacharowa betonte, dass sich die Situation angesichts fehlender Beachtung von Moskaus Anfragen nach Berlin nicht gelöst hat. "Die Tatsache, dass Dutzende größere deutsche und internationale Banken sowie regionale Finanzinstitutionen, an die sich die Leitung des Büros (Anm.: von RT DE) gewandt haben, die Zusammenarbeit ohne jegliche begründete Argumente abgelehnt haben, zeugt eindeutig von einem Druck, der auf sie seitens entsprechender deutscher Behörden verübt wird", fügte die Diplomatin hinzu.

In diesem Zusammenhang bittet Moskau internationale Menschenrechtsorganisationen um eine Reaktion auf solche Verletzung der Rechte russischer Journalisten in Deutschland, so Sacharowa. Wenn die Situation um RT in Deutschland nicht entspannt werde, folgen unsererseits Spiegelmaßnahmen, betonte sie.

"Man sagt uns immer, dass man unseren Ton nicht mag. Und wir mögen Ihren Ton auch nicht. Und das seit Längerem. Deswegen folgen Spiegelmaßnahmen, wenn – ich betone dies – die Situation nicht gelöst wird."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605374a2b480cc3a634af4b1.jpg>

abends:

snanews.de: „Schlechter Deal“: Washington droht mit neuen Sanktionen wegen Nord Stream 2

Der US-Außenminister Antony Blinken hat am Donnerstag Unternehmen zum Ausstieg aus dem Bau der deutsch-russischen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 aufgefordert und mit neuen Sanktionen gedroht. Das entsprechende Statement erschien auf der offiziellen Webseite des Amtes.

Das Ministerium verfolgt demnach die Bemühungen zur Fertigstellung des Projekts und wertet Informationen über Firmen aus, „die daran beteiligt zu sein scheinen“.

„Wie der Präsident (Joe Biden – Anm. d. Red.) gesagt hat, ist Nord Stream 2 ein schlechter Deal – für Deutschland, für die Ukraine und für unsere zentral- und osteuropäischen Verbündeten und Partner.“

Laut Blinken ist die Pipeline ein „russisches geopolitisches Projekt“, das „Europa spalten und die europäische Energiesicherheit schwächen soll“. Der Minister verwies auf die vom US-

Kongress mit parteiübergreifenden Mehrheiten verabschiedeten Sanktionsgesetze gegen Nord Stream 2 und betonte, dass Bidens Regierung diese Gesetze umsetzen werde.

„Das Ministerium bekräftigt seine Warnung, dass jedes Unternehmen, das an der Nord-Stream-2-Pipeline beteiligt ist, US-Sanktionen riskiert und die Arbeit an der Pipeline sofort einstellen sollte.“

Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline mit einer Gesamtleistung von 55 Milliarden Kubikmetern pro Jahr, die von Russland über die Ostsee nach Deutschland transportiert werden sollen. Die Gaspipeline ist bereits zu mehr als 90 Prozent fertig.

Die Bauarbeiten an der 1200 Kilometer langen Pipeline durch die Ostsee waren im Dezember in deutschen Gewässern wieder aufgenommen worden, nachdem sie wegen US-Sanktionen fast ein Jahr lang unterbrochen waren.

Im Februar hatten die USA das russische Verlegeschiff „Fortuna“, welches an dem Bau der deutsch-russischen Gasleitung Nord Stream 2 beteiligt ist, und seinen Eigner, die russische Firma KVT-RUS, in eine weitere Sanktionsliste aufgenommen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/16/627506_0:0:3086:1737_1440x0_80_0_0_394c84cb4e62467ef2f3a1f7ba619cf3.jpg

snnews.de: **„Online-Diskussion morgen oder am Montag“: Putin signalisiert Gesprächsbereitschaft mit Biden**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag gegenüber Medien die Bereitschaft bekundet, mit dem US-Präsidenten Joe Biden umgehend eine aufrichtige Online-Debatte zu führen.

„Ich würde es nicht auf die lange Bank schieben. (...) Ansonsten wäre es entweder morgen oder beispielsweise am Montag möglich. Gerne. Wir sind dazu zu jeder Zeit bereit, welche der US-amerikanische Seite gelegen käme“, sagte Putin gegenüber dem TV-Sender „Rossija-24“.

Zuletzt sei ein Anstoß zu einem Telefongespräch vonseiten Washingtons gekommen, so der russische Staatschef.

„Ich möchte Präsident Biden vorschlagen, unsere Debatte fortzusetzen, aber unter der Bedingung, dass wir dies tatsächlich live tun, wie man sagt, online. Ohne Verzögerung, aber direkt in einer offenen, direkten Diskussion. Es scheint mir, dass es für die Menschen in Russland wie auch für die Menschen in den USA, aber auch für viele andere Länder interessant wäre“, sagte Putin weiter.

Er sei bereit, am Freitag oder Montag mit Biden zu sprechen, die entsprechenden Anweisungen werde er an das Außenministerium weiterleiten.

Der russische Präsident fügte hinzu, dass er und sein US-amerikanischer Amtskollege die Beziehungen fortsetzen müssen, um „nicht aus der Ferne Sticheleien auszutauschen“.

Unter den Themen, die sie beide diskutieren könnten, nannte Putin bilaterale Beziehungen,

den Kampf gegen die Corona-Pandemie, die Beilegung regionaler Konflikte und Fragen der strategischen Stabilität.

Zuvor hatte der US-Präsident gedroht, Putin für die angebliche Einmischung Russlands in die US-Wahl 2020 einen „Preis“ zahlen zu lassen. Auf die Frage eines Journalisten, ob er seinen russischen Amtskollegen für einen Mörder halte, soll Biden laut Medienberichten mit „ja“ geantwortet haben.

Das russische Außenministerium sah in den Aussagen Bidens einen Ausdruck der gezielten Politik Washingtons, das im Laufe von zwei Jahren die Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA „bewusst“ in eine Sackgasse gebracht habe. Der Botschafter Russlands in den USA, Anatoli Antonow, war zu Konsultationen nach Moskau zurückgerufen worden. Das Amt betonte, dass es eine „unumkehrbare Degradierung“ der Beziehungen vermeiden wolle.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/12/1346092_0:0:2379:1338_1440x0_80_0_0_26ae7541599bf2dcca94b202913356c5.jpg